

24
21

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofensetzer, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A7 Dönhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin Nummer 65232. Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis je Monat 1.— Mark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Redaktionsschluss Montag früh. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11, Stresemannstraße 43

NUMMER 5

BERLIN DEN 4. FEBRUAR 1933

46. JAHRGANG

Großagrarischer Osthilfe-Sumpf

Der Wirtschaftspolitik der autoritären Staatsführung entstehen zur Zeit mißmatische Gerüche. Heinrich Heine würde sagen: „Es ist, als leere man den Mist aus sechsunddreißig Gruben.“ Die Physiognomie des Herrn von Braun, dem Titel nach Reichsernährungsminister, ist zur Zeit das Sinnbild amtlicher Wirtschaftspolitik. Von ihren „Erfolgen“ kündet der gesamte deutsche Blätterwald, mit Ausnahme des nationalsozialistischen und des deutschnationalen. Leider finden die Erfolge nicht in den Worten Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsankurbelung oder Sanierung ihren Ausdruck. Vielmehr sind es solche zweifelhaften, die man mit Worten wie Panama, Korruption, Sumpf und ähnlichen Ehrennamen belegt.

Wir meinen den Osthilfe-Skandal. Er ist aber schon längst kein Skandal mehr, sondern ein ungeheuerlich stinkender Korruptionssumpf, in dem die Fettbäuche ostelbischer Großagrarien herumwatscheln und sich sauwohl fühlen. Die Nachfahren der alten Raubritter haben es auch bei der Osthilfe mit unübertrefflicher Virtuosität verstanden, Mittel der Allgemeinheit ihren höchstgelegenen Bedürfnissen nutzbar zu machen. Von den mehr als hundert Millionen Mark, die bisher für die Osthilfe ausgezahlt wurden, bekamen 11 748 Kleinbetriebe insgesamt 69,5 Millionen Mark. Aber die weit geringere Zahl von 191 Großbetrieben bekam allein 32,5 Millionen Mark! Das ist dieselbe korrupte Schicht von Großagrarien, von der der Konservative Hans Dellbrück schon vor dem Kriege den Nachweis führte, daß die ostelbischen Junker den preussischen, also ihren eigenen Staat um jährlich drei Milliarden Mark Steuern betrogen. Heute zahlen die Junker überhaupt keine Steuern; dafür erhalten sie aus öffentlichen Mitteln Subventionen, die weit über die Milliardenziffern der Reparationen hinausgehen.

„Ich hab' kein Auto, ich hab' kein Rittergut“, so hieß vor einigen Jahren ein Schlagler. Er ist für die Junker noch heute von ganz besonderer Bedeutung. Mit Hilfe der Osthilfe erhält er sich sein Rittergut und zu den bisherigen Autos kann er sich — ebenfalls mit Unterstützung der Osthilfe — noch ein weiteres Auto leisten. In diese glückliche Lage versetzte die Osthilfe den Grafen von Sauma-Hoym, Dyhernfurth. Er bekam Osthilfegelder, obwohl er bereits mehrfach gepfändet war und kaufte sich dann trotz Sicherungsverfahrens ein neues Auto! Andere Osthilfe-Junker fuhren nach ihrer Entschuldung durch die Osthilfe im eigenen Mercedeswagen nach der Riviera. Weil den Junkern die bisher geltende Osthilfe nicht genügte, wurde ihnen am 18. Januar, am Reichsgründungsfeiertag, durch eine neue Notverordnung der erweiterte Vollstreckungsschutz auf die Frühstückstisch serviert. Jetzt sind die Großagrarien durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen vor den Zudringlichkeiten des kleinen Gewerbetreibenden und Handwerksmeisters, der auf die Begleichung seiner Rechnung besteht, so gut wie gesichert. Die Osthilfebezieher hatten also gewiß allen Anlaß, am Abend des 18. Januar in der Montur der Nazis „Heil Hitler!“ zu brüllen, oder in der Stahlhelmuniform das schöne Lied von der Wonnegans zu singen.

Ungefähr 200 Junker sind es, von denen jeder bis zu 2 Millionen Mark aus den sonst so zugeknöpften Taschen des Reiches erhalten hat. An der Spitze marschiert der rühmlichst bekannte Elard von Oldenburg-Januschau. Er gehört zu dem Neudecker Kreis; er ist das Haupt der Kamarilla um den Reichspräsidenten, der mit dem Gelde anderer Leute dem Reichspräsidenten ein Gut schenkte. Er schreit mit seiner Kamarilla über die Not der Landwirtschaft und hat sich mit seinem Gesdrei Hunderttausende als Osthilfe verschafft. Herr von Oldenburg erhielt 621 000 \mathcal{M} zugesagt; ausgezahlt wurden ihm bisher 455 000 \mathcal{M} . Er pfeift auf das Volk, aber läßt sich mit dem Gelde des Volkes entschulden. Dieser Junker verkörpert den ostelbischen Feudaladel, er ist der „nationale“ Mann, der mitten im Krieg, als das

Volk hungerte, sein Land nicht bestellen ließ. Am 12. April 1915 schrieb er Herrn von Loebell diesen Brief:

„Liebste Exzellenz Fritz!

Im Begriffe, nach Polen auf meinen Posten zurückzugehen, danke ich Gott, die Schererei mit den Gütern und der Civil-Verwaltung los zu sein. Es ist auf dem Lande jetzt tatsächlich unerträglich mit den täglich wechselnden Verordnungen. Ich bestelle 500 Morgen überhaupt nicht und so machen es Viele, weil die Unsicherheit der Ernte und der Bestimmungen so groß ist. Die Sache mit den Kartoffeln ist jetzt einigermaßen vernünftig, von den Schweinen wird die Hälfte in der Pökeltonne verfaulen.“

Diesen Osthilfe-Stipendiaten folgt ein ganzer Schwarm edler Junker. Auch die Hohenzollernfamilie will bei diesem Raubzug nicht leer ausgehen. „Kaiserin“ Hermine, die Ehefrau Wilhelms von Doorn, will ihre Verwandtschaft herrlichen Zeiten entgegenführen und hat sich deshalb persönlich um Osthilfe für sie bemüht. Zwei Mitglieder der Familie Schönaid-Carolath befinden sich im Entschuldungsverfahren und wollen sich ebenfalls auf Kosten des Volkes gesund machen. Die Burggrafenfamilie Dohna in Wilkünen hat fast eine halbe Million staatlichen Geldes erhalten, die vollkommen verloren sind. In der Zwangsversteigerung hat Graf Dohna sein Gut wiedererwerben lassen, und jetzt soll ihm der Betrieb zurückgegeben werden. Die Putschistenfamilie Kapp in Pilzen, Kreis Pr.-Eylau, hat bei der Zwangsversteigerung ihres Gutes 200 000 \mathcal{M} bekommen. Frau Kapp erhielt mit 30 000 \mathcal{M} weiteren Zuschüssen das Gut zurück. Graf von Kalkstein in Arnsberg brachte dem Reich einen Verlust von 50 000 \mathcal{M} ; trotzdem wurde der Gräfin Kalkstein die Übernahme des Rittergutes mit 100 000 \mathcal{M} neuer staatlicher Mittel ermöglicht! Die beiden Grafen von Kayserling im Kreise Striegau haben in zwei Jahren fast 700 000 Mark Schulden gemacht; nun ziehen sie ihre Gläubiger hin und verhindern Zwangsversteigerung. Ihr ansehnliches Vermögen befindet sich in der Schweiz. Umgeschuldet wurde auch Herr von Quast-Radensleben. Dabei äußerte der Leiter des Finanzamtes Ruppin über den Antragsteller, seine Schulden seien entstanden, weil er sein Vermögen verjett, verhurt und versoffen habe. Trotz dieser schwerwiegenden Beschuldigungen entschied das Reichskommissariat, daß Herr von Quast entschuldet

werde. Herr von Schoenermark-Harnekkopp wurde ebenfalls auf besondere Veranlassung des Ministers von Braun umgeschuldet. Die Landstelle — das ist die Stelle, die die Umschuldung durchzuführen hat — war gegen die Umschuldung, weil es sich um betriebsfremde Schulden handelte. Herr von Braun aber verfügte anders. Der Rittergutsbesitzer Willy Kroeck im Kreise Wehlau hatte sich 1931 wegen Betrages zu verantworten. Er hatte seinerzeit Osthilfe beantragt. Seine Ehefrau hatte auf dem Gute eine Hypothek von 50 000 \mathcal{M} stehen. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Osthilfe wurden „eheliche Differenzen“ inszeniert und das ganze dann so geschoben, daß trotzdem 154 000 \mathcal{M} aus Mitteln der Osthilfe gezahlt wurden. Herr Kroeck im Konkurs ging, nachdem seine Frau kurz vorher den Viehbestand für 36 000 \mathcal{M} versäuert und dies Geld ihrer Tochter als Bietungskautions zur Verfügung stellte. Die Tochter ersteigerte darauf das Gut. Die „Sanierung“ war mit Hilfe öffentlicher Mittel geglückt und die „ehelichen Differenzen“ hörten sofort auf. Der Rittergutsbesitzer lebt jetzt mit seiner Frau in Köslin von den Erträgen seines von der Tochter verwalteten Gutes.

Eine zünftige Vetter- und Klüngelwirtschaft hat also die Osthilfe für die eigene Tasche nutzbar gemacht. Da fehlt schier kein Geschlecht vom „edlen Geblüt“. Die Nationalsozialisten schweigen zu den Vorgängen. Das ist verständlich, wenn man Behauptungen wie die, daß die Parteikassen ihrer Gaue Brandenburg, Niederschlesien und Ostpreußen durch Vermittlung der Abgeordneten Daré und Schlange aus Mitteln der Osthilfe nicht weniger als 650 000 \mathcal{M} erhalten haben sollen, nicht einwandfrei dementieren kann. Als Geldgeber figuriert allerdings nicht die Osthilfe, die Spender aber sind aus Mitteln der Osthilfe unterstützte Junker: von Arnim, Graf Dohna, Graf Strackwitz, Freiherr von Hohenau und der Herzog von Trachenberg. Das ist — trotz aller Krise — die Sonnenseite der deutschen Wirtschaft, wo es einigen hundert Aussagern, die für die Futterkrippe einen durch Jahrhunderte gepflegten Instinkt haben, gelungen ist, sich zu bereichern. Herr von Oldenburg erwarb zu derselben Zeit, wo er mit seinem ostpreussischen Gut in das Sicherungsverfahren ging, neben seinen drei Gütern noch ein viertes in der Mark hinzu.

Wenn du aber gar nichts hast...

Auf der Schattenseite des Lebens wandeln nicht nur die, die bei stark gedrückten Löhnen ihr Leben fristen müssen, sondern auch die Millionen, die seit Jahren die Arbeits- und Wohlfahrtsämter bevölkern. Sie werden nicht entschuldet, sie genießen weder einen einfachen noch einen erweiterten Vollstreckungsschutz. Ihnen wurden die Löhne gesenkt, ihnen wird vom Tariflohn gestohlen, was zu stehen möglich ist. Und wenn sie schließlich ganz aus dem Produktionsprozess herausgeworfen, aus der Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert sind, dann bekommen sie nicht etwa irgendeine Arbeitslosenhilfe wie die Großagrarien ohne Bedürftigkeitsprüfung. Nein! Bei den Arbeitslosen, bei den verzweifelten Mittelstandsexistenzen, nimmt der Staat, ehe er helfend eingreift, eine auf Herz und Nieren gehende Bedürftigkeitsprüfung vor, dreht den Strumpf um, schnüffelt in den Kleiderschrank, ob nicht irgendwo noch ein kleiner Notgroschen oder ein Sparkassenbuch versteckt ist. Erst wenn alles ratzkehl aufgezehrt ist, dann greift der Staat ein. Aber selbst die elenden Pfennige der Wohlfahrtsfürsorge soll der Unterstützungsbezieher zurückzahlen. Schriftlich soll er sich dazu verpflichten; manche Gemeinde schreit heute nicht mehr davor zurück, von dem einstigen Unterstützungsbezieher später die Rückzahlung der Wohlfahrtsunterstützung durch Zahlungsbefehl zu erzwingen!

Dahin sind wir gekommen mit gültiger Hilfe der „aufstrebenden nationalen“ Hitler-Partei! Diese Partei geht der Abrechnung mit diesem System mit Vor-

bedacht aus dem Wege. Sie ist ein Vasall des Landes, eben jener Organisation, die alle Hände über den Osthilfesumpf hält. Hitler und seine Paladine konspieren täglich mit den Anhängern eines „verstärkten autoritären Regimes“. In den Häusern der Landbändler und der Schwerindustrie gehen sie ein und aus. Schließlich ist der Landbunddirektor von Sybel nicht umsonst prominentes Mitglied dieser „Arbeiter“partei und ihr Reichstagsabgeordneter.

Die Enthüllung über den Osthilfeskandal hat besonders die Deutschnationalen aufgebracht. In einer Proklamation sprechen sie von „Lebensfragen der Nation“, die sie bewußt mit ihren Geldbeutelinteressen verwechseln. — Die KPD. befindet sich wieder auf der Seite der Gegner der Sozialdemokraten, die sie für den Osthilfeskandal verantwortlich macht, trotzdem die SPD. seit fast drei Jahren nicht in der Reichsregierung sitzt.

Mit Bitterkeit muß festgestellt werden, daß das Fehlen jeder politischen Vernunft in weiten Schichten des Volkes in diese Zustände hineingeführt hat. Gründliche und restlose Besserung ist nur möglich, wenn sich die große Mehrzahl des Volkes im Interesse der übergroßen Mehrzahl endlich darauf besinnt, daß nicht das Hinterherlaufen hinter dem von den Agrariern und Kapitalisten ausgehaltenen Rattenfänger von Braunau aus diesem Jammer herausführt, sondern nur fester Zusammenschluß in den Gewerkschaften.

Konferenz des Bundesbeirats und Bundesvorstandes

In Verbindung mit der Betriebsrätekonferenz hatte unser Bundesvorstand den Bundesbeirat zum 23. Januar zu einer Konferenz nach Berlin gerufen. Neben der Beratung wichtiger Einzelfragen war auch zu den Lohn- und Tarifbewegungen im Baugewerbe Stellung zu nehmen. Nach Begrüßung der Erschienenen und Worten ehrenden Gedenkens für die verstorbenen Kollegen Hermann Peters, August Steiniger, Karl Jörg und Fritz Schwieler, den stellvertretenden Vorsitzenden vom ADGB, Hermann Müller und Eduard Bernstein durch den Vorsitzenden Bernhard gab dieser zunächst einen

Rückblick auf das verfllossene Jahr.

Es war ein Jahr heftigster Krise und des Erstarkens der Reaktion. Neuerdings konnte dem reaktionären Kurs etwas gesteuert werden. Jedoch noch immer hat Deutschland ein arbeitsunfähiges Parlament; Neuwahlen stehen in Aussicht, dürften jedoch einschneidende Änderungen in der Zusammensetzung des Reichstags nicht bringen. Ebenso undurchsichtig ist auch die wirtschaftliche Lage. Wohl wird von manchen Stellen ein

langsamere wirtschaftlicher Aufstieg

prophezeit, jedoch müssen solche Ankündigungen recht vorsichtig betrachtet werden. Vor allem scheint die ungeheure Schwächung der allgemeinen Kaufkraft und die Aufrechterhaltung der Monopolverhältnisse ein Aufstiegs Hindernis. Die Bautätigkeit ist auf den Nullpunkt gesunken. Die durch die Berufsgenossenschaften im Jahre 1932 festgestellte Lohnsumme betrug etwa 800 Mill. M das sind nur etwa 25% der im Jahre 1929 gezahlten Lohnsumme. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder im Jahre 1932 betrug 82,42%. Diese Ziffer war am 9. Januar bereits auf 87,15% gestiegen, die Sparte der Maurer war um diese Zeit sogar zu 89% arbeitslos. Geradezu erschütternd seien die Zahlen aus der Statistik unseres Bundes. Nach den Erhebungen des Bundes waren im Juni 1932 76,6% der Mitglieder mehr als ein Jahr, 55,5% mehr als 1 1/2 Jahr, 21% mehr als 100 Wochen arbeitslos. Das sind geradezu furchtbare Zahlen! Deshalb ist

Arbeitsbeschaffung das Hauptfordernis der Stunde!

Für die Anflutung der Bautätigkeit können „hohe“ Löhne nicht mehr als „Hindernis“ in Betracht kommen. Die Baukosten sind ganz bedeutend gesunken, der Baukostenindex betrage nach amtlichen Feststellungen nur noch 119 gegen 100 vor Kriegsausbruch. Trotzdem ist auch für 1933 aus hinlänglich bekannten Ursachen für die Bautätigkeit keine entspannende Besserung zu erwarten. Möglich, daß es gelingt, in diesem Jahre etwa ein Drittel der Bauarbeiter in Arbeit zu bringen auf Grund des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung und des Gereke-Plans. Jedenfalls aber wäre auch dieses Ergebnis völlig unbefriedigend. Deshalb werden wir auch künftig alle nur möglichen Anstrengungen machen zur größeren Belebung der Bautätigkeit, wobei auch an die Selbsthilfe zu denken sei durch Schaffung von Eigenheimen. Auch das Siedlungswesen, soweit es unseren Grundsätzen entspricht, müsse von uns propagiert werden. Mit allem Nachdruck müsse der öffentliche Bau gefördert werden. Nachdem dann der Rentner die im „Grundstein“ bereits veröffentlichten und besprochenen

Arbeitsbeschaffungspläne der Regierung

im einzelnen kritisiert und die bekannten Mißgriffe im freiwilligen Arbeitsdienst erörtert, machte er aufmerksam auf eine in Heymanns Verlag erschienene Schrift: „Dürfen wir noch bauen?“ Hier werde von einem unparteiischen Sachkenner die Notwendigkeit des Bauens, insbesondere der Bau von Kleinwohnungen in unwiderleglicher Weise nachgewiesen und begründet. Dieser Schrift sei weitgehende Beachtung und Verbreitung zu wünschen. — Anschließend berichtete Kollege Rosenzweig, daß im Dezember 1932 rund 270 000 Jugendliche im FAD beschäftigt waren. Das Geschrei nach der Arbeitsdienstpflicht werde hauptsächlich vom Stahlhelm und den Nazis betrieben. In den Landesarbeitsämtern und im „Sozialen Dienst“ sei eine rege Mitwirkung unserer Kollegen nötig, um die Interessen der Bauarbeiterschaft in jeder Weise zu fördern. Die von uns schon oft gerügten Mißstände und Mißgriffe im FAD, dauern weiter, nach und nach scheinen jedoch nunmehr dem FAD, bisher günstig gestimmte Kreise die bedenkliehen Widerhaken im FAD, zu erkennen. Kollege Otto bemerkte, die Einsicht gewinne immer mehr Raum, daß der FAD, Geldverschwendung bedeute, weil er vielfach teurer zu stehen komme als reguläre Tiefbau- und Erdarbeiten im tariflich geregelten Arbeitsverhältnis. In anderen als Bauarbeiterkreisen wachsen jetzt die Bedenken gegen den FAD, vor allem deshalb, weil dieser jetzt auch in andere Arbeitsgebiete einzubrechen drohe. Bei Notstandsarbeiten jeder Art dürfe

nur der Bauarbeitertarif als Entlohnung

in Frage kommen. Der Sozialisierung der Arbeitskraft zugunsten des Privatkapitals müsse überall energisch entgegengetrieben werden. Die übrigen Redner unterstrichen diese Auffassungen. Vor allem wurde betont, daß der Lufzug, Notstandsarbeiten nicht nach Tarif zu entlohnen, endlich verschwinden müsse, der § 139 Ziffer 4 AVAVG, sei endlich zu beseitigen. Die immer mehr um sich greifende Militarisation des FAD, und die fast unbegrenzte Herrschaft der Bürokratie auf diesem Gebiete müsse energisch bekämpft werden. Ein Aufsatz von Walter Pahl in der „Arbeit“ in dieser Frage, vielfach unrichtig und von falschen Eindrücken diktiert, wurde allseitig scharf verurteilt. Im übrigen wurde die im „Grundstein“ bereits gebrachte Fülle von Mißbräuchen im FAD, und bei Notstandsarbeiten, aus bezirklichen und örtlichen Erfahrungen heraus scharf unterstrichen und ergänzt. In einem Schlusswort betonte Bernhard, daß die Entwicklung unserer von vornherein ablehnenden Haltung gegenüber dem FAD, recht gegeben habe. Wir werden aber auch künftig unter

Aufrechterhaltung unserer prinzipiellen Einstellung unablässig die Dinge zu beeinflussen suchen, um diesem als Wohltat getarnten Monstrum die Zähne auszubrechen und es — was das Endziel wäre — schließlich zu beseitigen. — Hierauf erledigte die Konferenz

interne Bundesangelegenheiten.

Dabei wurde berichtet, daß auch in den letzten Quartalen unsere Hauptkasse mit Unterbilanz arbeiten mußte; ständig überschreiten die Ausgaben die Einnahmen. Weitere Einsparungsmöglichkeiten wurden gezeigt und sollen befolgt werden. Die Unterstützungsweniger verursachen auch in ihrer gekürzten Form immer noch verhältnismäßig hohe Ausgaben, so wurden im dritten Quartal 1932 dafür 343 755 M ausgegeben; im vierten Quartal dürfte diese Summe noch um 25 000 M überschritten worden sein. Große Ausgaben erfordert vor allem die Invalidenunterstützung, sie betrug im dritten Quartal 105 000 M und stieg im vierten Quartal auf 111 000 M. Am Jahreschluss hatte der Bund 12 937 Unterstützung beziehende Invaliden. Beschlossen wurde,

alle Unterstützungen vorläufig in ihrer jetzigen Höhe zu belassen.

Die Eintrittsgebühr und der Preis des Mitgliedsbuches wurden für erstmalige Eintritte um 50% ermäßigt. Ferner wurde berichtet, daß in einzelnen Städten unseren Forderungen zur Reichsverdingungsordnung erfreulicherweise weitgehend entsprochen worden ist. In der Frage der Lehrlingshaltung im Verhältnis zur Gesellenzahl sind Fortschritte in unserem Sinne zu verzeichnen. Auch in dieser Richtung soll rührig weitergearbeitet werden. Ferner wurde über Wochenendkurse, Arbeitsgemeinschaften und die Förderung der Jugendabteilungen gesprochen. Die Wochenendkurse und Arbeitsgemeinschaften haben sich als ersprießlich und organisationsfördernd erwiesen; diese Schulungs- und Bildungsarbeit soll, zumal sie verhältnismäßig nur geringe Kosten erfordert, weitergepflegt werden. Auch im Lichtbildwesen wird mit gutem Erfolg gearbeitet. Die Lehrlingskurse haben ebenfalls zufriedenstellende Erfolge gezeitigt. Ferner wurden Erfahrungen darüber ausgetauscht, in welcher Weise gegen Unternehmer-Außenseiter vorzugehen ist, wenn sie sich durch Zahlung untertariflicher Löhne unzulässiger Wettbewerbsvorteile machen! Ueber den Verlauf und das Ergebnis der Betriebsrätewahlen muß nach Erledigung sofort dem Bundesvorstand berichtet werden. Betont wurde, daß es unbedingte Pflicht der Baugewerkschaften sei, mindestens für die arbeitenden Kollegen unter allen Umständen und überall die

Beiträge an die Ortsausschüsse

des ADGB, zu entrichten. Nach Besprechung von Bauhilfsangelegenheiten wurde das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften erörtert. Nach eingehender Aussprache wurde am Schluss festgestellt, daß Gewerkschaften und Partei wie bisher in enger Fühlung bleiben müssen und auch fernerhin gemeinsam zu wirken haben. Dann wurden

die Lohn- und Tarifbewegungen der Hauptberufe und der kleineren Fachgruppen

besprochen. Hierzu sprach zunächst Kollege Scheibel: Die Notverordnung vom 5. September 1932 hat auch im Baugewerbe zu Abwehrkämpfen geführt. In 15 Bezirken mit 60 Baugewerkschaften hatten die Unternehmer versucht, im Sinne der Notverordnung die Löhne zu senken. Wo unsere Kollegen gut organisiert sind und deshalb die nötige Widerstandskraft aufbringen konnten, ist es gelungen, den beabsichtigten Lohnabbau abzuwehren. Dies trifft auf 29 Einzelfälle zu. Nachdem der Redner dann über den Stand der Lohnbewegung in den einzelnen Bezirken — im „Grundstein“ bereits mitgeteilt — berichtet hatte, ging er über zu den bevorstehenden Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag und über neue Bezirksstarife. Dabei besprach er die wichtigsten Differenzpunkte, die zu Auseinandersetzungen mit den Unternehmerorganisationen führen dürften. Trotz der Krise werden wir bei den Verhandlungen ganz entschieden die Interessen der Bauarbeiterschaft vertreten. Moralisch und menschlich erscheine eine weitere Herabdrückung der Lebenslage der Bauarbeiter vollkommen ungerechtfertigt. Dies werde der Leistern sein für alle Kollegen, die die Verhandlungen zu führen haben. In der Aussprache wurde über Einzelfälle verschiedenster Art berichtet. Besonders charakteristisch ist ein Fall in Württemberg. Dort mußten Tiefbauarbeiter mit einem Nettowochenverdienst von 15,20 M nach Hause gehen; sie hatten also weniger, als Wohlfahrtsunterstützte erhalten. Durch Unterhandlung ist es dann gelungen, eine Wochenzulage von 4,50 M durchzusetzen. Auch aus

anderen Gebieten wurden ähnliche Fälle vorgetragen. Vielfach verdienen heute beim Tiefbau beschäftigte Notstandsarbeiter weitaus weniger, als Fürsorgeberechtigte an Unterstützung erhalten. Ernstlich wurde die Frage gestellt, ob unter solchen Umständen eine tarifliche Vereinbarung über Löhne überhaupt in einen praktischen Sinn habe. Der Lohn im Baugewerbe ist heute derart niedrig, daß Existenzminimum Arbeiter derart gedrückt, daß eine weitere Verschlechterung unerträglich erscheint. Im übrigen wurden die bevorstehenden Verhandlungen und in faktischer Fragen wertvolle Fingerzeige gegeben. Die Beschlüsse mit der einmütigen Auffassung, bei den bestehenden Verhandlungen alles zu tun, um eine weitere Herabdrückung der Lebenslage der unter der furchtbaren Krise ganz besonders leidenden Bauarbeiterschaft zu verhindern. Nachdem dann die Kommission für die Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag gewählt und über den Stand der Tarif- und Lohnfragen in den kleineren Fachgruppen des Bundes berichtet war, konnte der Vorsitzende feststellen, daß die Tagesordnung aufgearbeitet sei. Er schloß die Konferenz mit Wünschen bester Erfolge in der nächsten Zeit!

Auf dieser Beiratskonferenz weilte unser bisheriger langjähriger Bezirksleiter für Sachsen-Anhalt,

Julius Koch, zum letzten Male. Anlässlich dessen hielt ihm unser Bundesvorsitzender eine herzlich Dankes- und Abschiedsrede. Er schilderte seine Tätigkeit als Gewerkschafter und Politiker. Ueber 30 Jahre stand er unserer Organisation im Angestelltenverhältnis, sie hat er alle Ämter gewissenhaft und fleißig wahrgenommen. Jahrelang war er zuletzt als Bezirksleiter für Sachsen-Anhalt tätig. Seine stets ruhige und sachliche Art, seine schlichte Kameradschaftlichkeit haben ihm auch viele persönliche Freunde verschafft. Auf politischem Gebiete war er jahrelang preußischer Landtagsabgeordneter, in seiner engsten Betätigung stätte Magdeburg bekleidet er noch heute viele Ehrenämter. Wir sehen unseren Julius ungern scheiden. Aber sein geschwächter Gesundheitszustand und sein Alter haben ihn veranlaßt, sein Amt einer jüngeren Kraft zu überlassen. Wir danken ihm herzlich für seine gewissenhafte und vielfach aufreibende Tätigkeit im Dienste der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Bauarbeiterschaft im besonderen und wünschen ihm einen recht langen geruhensamen Lebensabend! Kollege Koch dankte mit bewegten Worten und schloß mit dem Wunsche, daß ihm vergönnt sein möge, dem späteren Aufstieg unserer Bewegung noch mitzuleben zu dürfen. Das wünschen auch wir ihm aus vollem Herzen!

Betriebsrätekonferenz des ADGB und des AfA-Bundes

Am 22. Januar tagte im Berliner Gewerkschaftshaus eine von den Spitzenkörperschaften des ADGB und des AfA-Bundes veranstaltete Betriebsrätekonferenz. Ueber 400 Betriebsräte aus allen Teilen Deutschlands waren erschienen. Da auch viele Gäste anwesend waren, war der geräumige und würdig geschmückte Saal dicht besetzt. In seiner Eröffnungsrede betonte Kollege Leipart zunächst die enge Verbundenheit der Betriebsräte mit ihren Gewerkschaften, um dann darauf aufmerksam zu machen, daß die bevorstehende Betriebsräteperiode vor sich ginge. Man habe sich dabei mit allerhand politischen Gegnern herumzuschlagen, die auf Wahrheit und Anstand keinerlei Gewicht legten. Die Verleumdungssucht der Gegner feiere in dieser politisch und wirtschaftlich zerrissenen Zeit wahre Orgien. Man fertige erdichtete Protokolle an, in denen berichtet wird über vertrauliche Besprechungen zwischen Regierungslauten, Nazileuten und ADGB-Leuten; man verleihe die Wahrheit und verbreite diese Sudeleien und verdächtige dabei die Gewerkschaftsführer in der ungeheuerlichsten Weise. Vor allem wolle die Legende, der Nazigrößenrat habe mit dem ADGB-Vorstand konspiriert, nicht zur Ruhe kommen. Leipart betonte, daß er Gregor Straßer in seinem Leben noch nicht gesehen und noch nie ein Wort mit ihm gewechselt habe. Auch kein anderer ADGB-Führer habe dies getan. Man kolportiere auch die Legende, die Gewerkschaften wollten die Regierung sich leichter tolerieren. Dem gegenüber sei zu sagen, daß die Gewerkschaften keine politische Partei seien und weder die Befugnis noch die Möglichkeit hätten, eine Regierung zu stützen oder zu tolerieren. Jedoch seien die Gewerkschaften berufen, mit jeder Regierung zu rechnen, ganz gleich ob sie ihr Vertrauen hat oder nicht. Im Interesse der Arbeiter müsse mit jedem Arbeitsminister, mit jedem Wirtschaftsminister verhandelt werden, um ihnen die Forderungen der Arbeiterschaft zu unterbreiten und sie durchzusetzen. Die Gewerkschaften stehen auch zu jeder Regierung in Opposition, sie führen mit jeder Regierung dauernd einen Kleinkrieg. Niemals werden sich die Gewerkschaften an eine Regierung binden. Die Arbeit der Gewerkschaften sei Dienst am Volke, im Gegensatz zu den Interessentenbesitzer und der Innungsstruktur. Man schlenkere heute vor dem Reichsarbeitsrat, wenn Leipart auf Beschluß des Vorstandes des Reichsarbeitsrats als Vorsitzender dieser Körperschaft mit seinem Mitvorsitzenden, Herrn Siemens, zum Reichskanzler gehe, um dort zu fordern, daß nicht mehr alles durch die Bürokratie in den Ministerien gemacht werde und daß man den Reichsarbeitsrat als verfassungsmäßige Instanz wieder einschalten solle. Alle diese blöden Anwürfe über Verlogenheit der Arbeiterklasse durch die Gewerkschaftsführer seien der Vater des Gedankens. Man wünscht, daß die Gewerkschaftsführer der Arbeiterschaft verraten sollen, und deshalb behauptet man das immer wieder. Kommunisten und Nationalsozialisten werfen bei diesen Besudelungen der Gewerkschaften einander die Bälle zu, und angesichts der bevorstehenden Betriebsräteperiode feiert diese Verleumdungssucht wieder einmal ganz besondere Triumphe. Auch in früheren Zeiten waren in der Arbeiterbewegung Meinungsverschiedenheiten vorhanden, aber damals setzte man sich im chr-

Für jedes Mitglied

solte es selbstverständlich sein, daß es unseren Bundeskalender 1933

bei sich trägt. Außer dem Kalendarium mit Raum für Notizen enthält der Kalender die wichtigsten Angaben über unsere Bundesarbeit, praktische Hinweise für die Arbeit der Baudelegierten, technische Notizen und manches andere Wissenswerte.

Geschmackvoller Leineneinband, bequemes Format • Preis 40 Pf.

Bestellungen bei den Hauskassierern oder beim Baugewerkschaftsvorstand.

vorgetragen, die diese Meinungsverschiedenheiten zu der häßlichen Konkurrenzkampf um die Wähler entscheiden sei. Und während es damals einen ehrlichen Meinungs austausch gab, wird heute nur noch gestritten, mit Messern und Schießfeisen, mit Bomben und Knütteln, mit persönlichen Beschimpfungen und grüßlichster Ehrschänderei. Trotz alledem gehen die Gewerkschaften ruhig und sicher ihren Weg, und sie bekennen sich zur revolutionären Idee, weil sie längst erkannt haben, daß ihre letzten Ziele nur in einer neuen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden können. Trotz aller Anfeindungen werden wir den Kampf der Gewerkschaften in Verbindung und mit Unterstützung der Betriebsräte fortsetzen für die wohlverstandenen wahren Interessen der deutschen Arbeiterschaft, den Kampf für ein neues soziales Deutschland!

Mit an ihm gewohnter Sachkenntnis sprach dann Kollege Clemens Nörpel über: „Die Betriebsräte in der Wirtschaftskrise“. Auch er stellte in den Vordergrund seiner Ausführungen die gemeine und geschäme Agitationsweise der Kommunisten und Sozialisten, um dann die wichtigsten Angaben der Betriebsräte in einem darzulegen. Er betonte, daß die Betriebsrätewahl 1933 unter der Parole der Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften stehen müsse. Jede parteipolitische Einflußnahme auf die Durchführung der Betriebsrätewahlen und des Betriebsrätegesetzes müssen die Gewerkschaftsmitglieder und die Betriebsräte mit aller Energie zurückweisen. Ebenso entschieden müssen die Gewerkschaftsmitglieder auch bei jeder Gelegenheit auf Einführung der Vierzigstundenswoche, auf Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und für Erhöhung der Kaufkraft eintreten. Für diese Forderungen müssen die Gewerkschaftsmitglieder gewonnen werden. In diesem Zeichen müssen die Betriebsrätewahlen 1933 stehen. Und jene Mitglieder sind, die noch nicht Gewerkschaftsmitglied sind, müssen verpflichtet werden, die breite Kampffront der Gewerkschaften für die Durchführung ihrer Ziele zu verstärken. — Nach Nörpel sprach Gertrud Hanna über: „Die Arbeiterin und das Mitbestimmungsrecht“ in wirkungsvoller Weise. Auch das Referat des Genossen Bührig: „Die Rechtsprechung zum Betriebsrätegesetz“ stand auf vollendeter Höhe. Stürmischer Beifall wurde allen Rednern zu teil. Die Aussprache wurde fast durchweg von in der Praxis stehenden Betriebsräten bestritten. Der bereits im vorigen „Grundstein“ veröffentlichte Aufruf zu den Betriebsrätewahlen wurde einstimmig angenommen. Wenn wir uns versagen, in ausführlicher Weise auf diese Tagung einzugehen, so geschieht es deshalb, weil für das Baugewerbe besondere Bestimmungen in der Frage der Betriebsrätewahlen und ihrer Tätigkeit vorhanden sind und nur verhältnismäßig wenige unserer Mitglieder unter die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes fallen. Jedoch sei betont, daß der Nutzen einer solchen Zusammenkunft nicht allein darin liegt, die Teilnehmer in ihrer Anschauung zu festigen und in ihnen die Verbundenheit zwischen Gewerkschaftsleitung und Betriebsvertrauensmann zu stärken, sondern auch darüber hinaus auf die werktätigen Männer und Frauen im Lande einzuwirken, sie auf ihre gewerkschaftlichen Pflichten aufmerksam zu machen und sie anzuspornen zu neuer Werbearbeit für die Zwecke und Ziele der Gewerkschaften. Solche zentralen Zusammenkünfte erfüllen auch deshalb ihren Zweck, weil der Mann aus dem Betriebe einmal Gelegenheit hat, aus beruflichem Munde etwas über Zeit- und Streitfragen zu hören. Die Eröffnungssprache Leiparts war ein schlichter und geistiger zugleich. In derselben Richtung bewegten sich die Reden aller übrigen auf dieser Tagung aufgetretenen Redner. Und die Verbundenheit zwischen Betriebsräten und Führung der Gewerkschaften konnte nicht besser zum Ausdruck kommen, als Leipart von den Vertrauenskrisen in der Welt sprach und dazu bemerkte, er hoffe und sei überzeugt, daß zwischen Betriebsräten und Gewerkschaftsführern keine Vertrauenskrise ausbrechen werde — daß diese Bemerkung von den Versammelten mit stürmischem Beifall quittiert wurde. Ferner ist hervorzuheben, in welcher selbstsicheren Art heute von einfachen Arbeitern hochwichtige und äußerst schwierige Fragen der Staatspolitik und des Rechts erörtert werden. Die Rede des Kollegen Nörpel und der Vortrag des Kollegen Bührig waren ein schlichter Beweis dafür, daß die Anwälte der Arbeiterschaft es mit jedem Syndikus oder berufsständischen Rechtsvertreter aufnehmen können. Diese Sachkenntnis kam auch zum Ausdruck in der Aussprache. Hier war zu hören, in welcher Weise eine intelligente Schicht unter der Arbeiterschaft gemeinsam mit ihren Kollegen in den Gewerkschaftsleitungen bemüht war, auch die schwierigsten Dinge mit Mut und Entschlossenheit anzupacken und zu erledigen. Wenn man von dieser Werte die Tätigkeit der Betriebsräte betrachtet, dann kommt einem die demagogisch und lügenhaft aufgelegene Agitation der Gegner zu diesen Wahlen ebenso kleinlich wie gemein und lächerlich vor. Aber diese Leute wollen ja gar keine ruhige und systematische Arbeit in den Betrieben, sie wollen nur jede Gelegenheit benutzen, um schmutzigste politische Agitation zu betreiben und die Gewerkschaften zu verleumdern und zu schwächen. Ein Betriebsvertreter faßt gegen unsere Gegner die richtige Parole heraus für die diesjährigen Betriebsrätewahlen: Wir greifen an! Jawohl, wir greifen auch bei den Betriebsrätewahlen an. Wie sagte doch unser unvergesslicher Karl Legien vor 22 Jahren in Dresden? „Aus stumpfsinnigen Arbeitstieren, die sich von den Unternehmern alles bieten lassen, hat die Gewerkschaftsbewegung in wenigen Jahrzehnten eine klassenbewußte Arbeiterschaft in geschlossenen Organisationen gemacht, die größere Kämpfe mit Opfermut und Selbstaufopferung führen.“

Jawohl, die Gewerkschaften haben eine große historische Aufgabe in der Vergangenheit erfüllt, eine noch größere steht ihnen bevor: Sie sollen Arbeiter zu Herrschern und Mitbestimmenden in der Wirtschaft machen. Diese Aufgabe bedarf jedoch des Einsatzes aller unserer Kräfte. Mit dieser Parole müssen die Arbeiter bei den Betriebsrätewahlen ihre Gegner nicht nur entschlossen abwehren, sondern sie angreifen. Dann wird auch bei diesen Wahlen der Sieg auf ihrer Seite sein!

Bundesausschußsitzung des ADGB.

Am 21. Januar trat in Berlin der Ausschuß des ADGB zu seiner 12. Sitzung zusammen. Leipart gedachte in ehrenwerten Worten des langjährigen Mitgliedes des Bundesvorstandes, Hermann Müller, des Vorstandsmitgliedes des Fabrikarbeiterverbandes, Gustav Haupt, und des großen Führers der politischen Arbeiterbewegung, Eduard Bernstein, der in den langen Jahrzehnten seiner Wirksamkeit den Gewerkschaften ein stets bereiter Helfer gewesen ist. Alsdann gab Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Bis vor kurzem war — eine unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise — ein nicht unerheblicher Rückgang der Mitgliederzahl in den Gewerkschaften festzustellen. Im letztvergangenen Vierteljahr ist in der Mitgliederbewegung eine entscheidende Wendung zum Besseren eingetreten. Weniger erfreulich als dieser Umschwung sind leider die Aussichten auf eine wirksame Arbeitsbeschaffung. Reichskommissar Gereke hat sich offenbar gegen die Widerstände und Vorurteile nicht so durchsetzen können. Die Frage der Arbeitsbeschaffung wird nicht im Sinne unserer Forderungen und in dem von uns gewünschten Tempo vorwärts getrieben. Wir stehen zwar in Verbindung mit dem Reichskommissar. Es ist hier und da gelungen, Verbesserungen durchzusetzen und unerwünschte Maßnahmen zu verhindern, aber im großen und ganzen sind die Einflüsse der Privatwirtschaft, ist die Angst vor einer Inflationsgefahr



Der Krautjunker hat einen guten Magen. Hat kann ungerechtes Gut vertragen. Hat ganze Länder aufgefressen und doch noch nie sich übergessen. Frei nach Faust I.

stärker. Wir haben durchsetzen können, daß ein Teil der Neueinstellungsprämien für öffentliche Arbeiten angesetzt wird, aber wir haben vergeblich dagegen Einspruch erhoben, daß Privatunternehmer auch für auf diese Weise in Gang gesetzte öffentliche Arbeiten Prämien erhalten. — Die Vorstände des ADGB und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben sich entschlossen, noch einmal beim Reichspräsidenten vorstellig zu werden, um ihm die Auffassung der Gewerkschaften von der gegenwärtigen Lage und ihre Forderungen zur Überwindung der Not vorzutragen. (Ueber diese Besprechungen haben wir bereits im vorigen „Grundstein“ berichtet.) Der Vorsitzende erinnerte an das vom Bundesausschuß im Oktober 1930 eindringlich erhobene Verlangen nach gesetzlicher Durchführung der vierzigstündigen Arbeitswoche. Kameradschaftliche Solidarität mit den Millionen Beschäftigungslosen veranlaßt die Gewerkschaften zu diesem Schritt. Trotzdem ist von der Regierung nichts geschehen, um diese für die Arbeiter selbst mit Opfern verbundene Forderung zu erfüllen. Statt dessen wurde wiederholt zwangsweise der Lohn gesenkt und die Kaufkraft dadurch weiter herabgedrückt. Daß dieser Weg nicht weiter gegangen und eine Arbeitszeitverkürzung nicht ohne Lohnausgleich durchgeführt werden darf, ist vom wirtschaftlichen ebenso wie vom sozialen Standpunkt eine Selbstverständlichkeit. Der Lohnausgleich für die ausfallenden Arbeitsstunden ist unbedingt notwendig! Mit höchst bedenkllicher Verspätung ist inzwischen die gewerkschaftliche Forderung der Vierzigstundenswoche zum Gegenstand internationaler Verhandlungen erhoben worden. Bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitszeitverhältnisse muß es jedoch zweifelhaft erscheinen, ob in der Verwirklichung dieses Zieles noch eine genügende Maßnahme zu erblicken ist. Die Tatsache, daß in gewissen industriellen Ländern bereits maßgebliche private kapitalistische Kreise und Sachverständige die Einführung der Dreißigstundenswoche mit warnender Dringlichkeit vertreten, bestätigt die Richtigkeit dieser Auffassung.

In der Aussprache ergab sich volle Übereinstimmung der Verbandsvertreter mit den Ausführungen Leiparts. Es wurde hervorgehoben, daß der Umfang der Arbeitslosigkeit ohne eine tiefgehende Arbeitszeitverkürzung nicht dauernd gemindert werden kann. Mit großem Nachdruck wurde darauf hingewiesen, daß in Deutschland selbst bei der gegenwärtigen Lage in vielen Fällen noch über 48 Stunden, ja bis zu 60 Stunden gearbeitet werde. Es sei ein Skandal, daß angesichts der ungeheuerlichen Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit sogar die Behörden die Ueberschreitung der 48stündigen Arbeitswoche zulassen. Mit diesem Mißstand müsse in erster Linie aufgeräumt werden. Der Bundesvorstand fordert daher von der Regierung die gesetzliche Verminderung der Arbeitszeit auf ein Maß, das geeignet ist, einem großen Teil der Arbeitslosen endlich wieder den Weg zu Lohn und Brot zu öffnen. Ueber „Die Gewerkschaften im politischen Meinungskampf“ berichtete Graf-

mann. Die Entwicklung des politischen Lebens, die gekennzeichnet ist durch das Anwachsen der radikalen Flügelparteien, hat dazu geführt, daß auch die Gewerkschaften im politischen Leben stärker in den Vordergrund treten mußten. Sie waren dadurch heftigen Angriffen der radikalen Bewegungen ausgesetzt. Manche ihrer Handlungen wurden mißverstanden oder in verleumdender Absicht falsch gedeutet. Insbesondere muß die Behauptung, die Gewerkschaften näherten sich der Auffassung des Faschismus über die Stellung der Gewerkschaften im Staatswesen, als verlogene Behauptung, der jede Grundlage fehlt, entschieden zurückgewiesen werden. Falsch sind auch die Folgerungen, die in vielfacher Form und mit wechselnder Absicht an die Unterredung der Führer des ADGB, mit dem Reichswehrminister v. Schleicher — wenige Tage vor seiner Ernennung zum Reichskanzler — geknüpft worden sind. Diese Unterredung hatte nur den einen Zweck, bei der Reichsregierung in dem Augenblick, da sie sich nach dem Rücktritt des Kabinetts v. Papen neu bildete, die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften, namentlich ihre Forderungen zur Linderung der Krisennot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nachdrücklich zu vertreten. Lediglich dies war seit jeher der Zweck jeglicher Fühlungnahme des Vorstandes des ADGB, mit den Regierungen des Reiches. Und nur dies wird immer der Zweck einer solchen Fühlungnahme sein. Um aber die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, werden die Gewerkschaften auf eine solche Art der Fühlungnahme mit den wechselnden Reichskabinetten nie verzichten können. Grafmann unterrichtete den Bundesausschuß im einzelnen über den Verlauf der Unterredung mit dem Reichswehrminister sowie über die Entstehung und den Charakter einiger anderer Vorgänge, die Ausgangspunkt für Gerüchte über die Haltung der Gewerkschaften und für Verdächtigungen gegen sie geworden sind. Er verweilt ausführlicher bei jenen „Protokollen“, von angeblichen Unterredungen zwischen Mitgliedern des Vorstandes des ADGB und dem Reichskanzler v. Papen sowie Persönlichkeiten der NSDAP. Grafmann weist, indem er den Text der „Protokolle“ zergliedert, nach, daß sie den Sinn der Fühlungnahme an der Stirn tragen, der Fühlungnahme mit der Absicht der Verleumdung, mit dem Zweck, Mißtrauen zu säen zwischen der Führung und der Mitgliedschaft der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften werden sich dieser schmählischen Methode des Kampfes gegen sie zu erwehren wissen! Sie werden nicht dulden, daß Mißtrauen in ihre Reihen getragen und die Stoßkraft der Bewegung dadurch benachteiligt wird. Ebenso wenig werden sie abweichen von dem Grundsatz, nach dem sie Anspruch erheben müssen auf völlige Unabhängigkeit in der Meinungsbildung über Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens und in der Wahl ihrer taktischen Haltung. In diesem Anspruch halten sie jeder Partei gegenüber fest. Der Grundsatz behält auch dort Geltung, wo das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse ein Zusammenwirken der Gewerkschaften mit politischen Parteien gebietet. Denn nur die strenge Befolgung dieser Grundanschauung bietet Gewähr für die Erhaltung der Einigkeit in den Gewerkschaften. Grafmann erläuterte am Schluß seiner Rede diese grundsätzliche Anschauung an einer Reihe von Vorgängen des politischen Lebens.

Leipart fügte den Ausführungen Grafmanns weitere Mitteilungen und einige grundsätzliche Bemerkungen hinzu. Es werde, sagte er, Klage darüber geführt, daß die Gewerkschaften nicht gleich der SPD und nicht mit der gleichen Schärfe wie sie in Opposition zur Regierung v. Schleicher stehen. Auf diese mißverständliche Beurteilung der Haltung der Gewerkschaften zur gegenwärtigen Regierung erwiderte er: Die Gewerkschaften stehen zu jeder Regierung in Opposition, wie immer sie auch zusammengesetzt ist. Denn die Gewerkschaften werden noch für lange Zeit lediglich Forderungen an die Regierungen, zu richten haben!

In der Aussprache fanden die von Grafmann und Leipart vertretenen Grundsätze die volle Zustimmung des Bundesausschusses.

S. M. Stalins allergerueueste Opposition

Gegenwärtig werden in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften die Vorstände und Funktionäre neu gewählt. Die Wahlen — die im ersten Viertel dieses Jahres auch in unserm Bund durchgeführt werden — bieten der sogenannten Opposition Gelegenheit, „Kritik zu üben“. Unsere Baugewerkschaften haben keine Kritik zu fürchten; aufbauende Kritik ist ihnen jederzeit willkommen. Leider ist die Kritik der RGO, keine Kritik, sondern Sabotage. Diese „Kritik“ ist gerichtet nach einem „Mobilisationsplan für die Ortsverwaltungenwahlen“, der in der Berliner „Roten Fahne“ Nr. 206 vom 16. November 1932 veröffentlicht wurde. Gearbeitet werden soll nach dem Beschluß des XII. Ekki-Plenums. „Zähe Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften... für die Verjagung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eröberung der Ortsorganisationen der eisernen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“ Für die KPD sind die Ortsverwaltungenwahlen „jetzt die wichtigste Aufgabe der RGO, innerhalb der Gewerkschaften“ und daher „entscheidende Aktionen und ein umfassender Vorstoß um die Führung in den Gewerkschaften“ notwendig. „Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es, den gewaltigen politisch-ideologischen Einfluß der Kommunistischen Partei auf die Masse der Gewerkschaftskollegen organisatorisch zu verankern durch die Besetzung von Hunderten von Ortsverwaltungen und dauernder Funktionen mit Kollegen der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Opposition kämpft in den Gewerkschaften gegen die verräterische, arbeitfeindliche Politik der Gewerkschaftsführer.“

Das ist immer noch — trotz aller reaktionären Angriffe auf die Gewerkschaften! — der alte Text Sinowjews. Die Führer der Gewerkschaften werden von der RGO verleumdet, nicht nur um das eigene

Parteisüppchen kochen zu können, sondern auch — als Folgewirkung — die Arbeiter wehrlos der wirtschaftlichen und politischen Reaktion auszuliefern. Nach diesem Rezept wird von den Parteigängern der kommunistischen RGO gearbeitet, und die Roten Fahnen erdichten täglich „gewaltige Siege“ in gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen. Geht man solchen Berichten nach, so ergibt sich, daß der RGO-Sieg in 99 von 100 Fällen Schwindel ist, hier oder da wurde ein Angehöriger der KPD in einen Vorstand gewählt; in keiner Gewerkschaft ist auch nur eine einzige Ortsverwaltung mit größerer oder auch nur mittlerer Mitgliederzahl von der „Opposition“ besetzt worden.

Aus der großen Zahl von Bauergewerkschaften greifen wir eine heraus, in deren Gebiet die Opposition besonders rühmig ist: Güstrow. Die gesamte freigewerkschaftliche Arbeiterschaft Güstrows sah mit Spannung der Generalversammlung unserer Bauergewerkschaft entgegen. In einer Versammlung der „oppositionellen Bauarbeiter Güstrows“ hatte die Opposition vorgearbeitet. Als die Vertreter der Bauergewerkschaft von den Machinationen der Opposition hörten, ging ein Sturm der Entrüstung durch ihre Reihen. Nach den Berichten des Vorstandes, des Jugendleiters und des Kassierers glaubte die Opposition nun „abrechnen“ zu können. Es wurde eine Resolution eingebracht mit den auf dem Berliner Kongress der RGO gefaßten Beschlüssen. Vor allem wurde verlangt, daß Leipart und Eggert, denen man Verrat an der Arbeiterklasse vorwarf, ausgeschlossen werden sollen. Dem Oppositionellen wurde in der Aussprache manche bittere Pille zu schlucken gegeben. Ueber ihre Resolution wurde nicht einmal abgestimmt. Bei den Vorstandswahlen wurde von den von der Opposition vorgeschlagenen keiner gewählt. Gewählt wurden mit überwältigender Mehrheit die bisher tätigen Vorstandsmitglieder, und nur bundestreue Kollegen. Besonders abgesehen hatte es die „Opposition“ auf den als Geschäftsführer freigestellten Kollegen Svenson. Er sollte unter allen Umständen „stempeln gehen“. Um dies Ziel zu erreichen, wurde in der gehässigsten Weise gegen ihn gearbeitet. Aber mit für die Opposition erdrückender Mehrheit wurde Svenson das Vertrauen ausgesprochen.

Das ist ein Beispiel für viele. Es zeigt, daß in den freien Gewerkschaften der gewerkschaftliche Geist über den zersetzenden „Geist“ der RGO, und der Kommunistischen Partei triumphiert!

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen untertariflicher Lohnzahlung in Nordden die Arbeiter der Firma Wiebersick, in Wülster das Baugeschäft Johannes Sievers. Gewarnt wird vor dem Unternehmer Schütt aus Oberndorf (Unter-Elbe) wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

Töpfer: Gesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Berlin-Oberschöneweide die Firma Witt und in Liegnitz das Ofengeschäft Hermann.

Verhandlungen über einen neuen Reichstarifvertrag im Baugeverbe. Am 26. und 27. Januar verhandelten die alten Vertragsparteien des am 2. März 1933 erlassenden Reichstarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten wegen eines neuen Reichstarifvertrages. Die Verhandlungen verliefen schleppend. In einigen mehr untergeordneten Bestimmungen war zwar eine gewisse Annäherung beider Standpunkte zu beobachten, jedoch verblieben die gegenteiligen Auffassungen in den entscheidenden Punkten in schroffer Gegensätzlichkeit. Die Verhandlungen sollen am 7. Februar von neuem einsetzen.

Breslau. (Abgewehrter Lohnabbau.) Die Breslauer Unternehmer, die partout die Löhne um etwa 10% herunterdrücken wollten, sind nunmehr angesichts des einmütigen Widerstandes unserer Kollegen zurückgekehrt. Der von uns zu diesem Zweck insze-

nierte Abwehrstreik hatte vollen Erfolg. Der Baugeverberverband hat, nachdem er sah, daß auch die höchsten Strafen gegenüber seiner Mitgliedschaft nichts mehr nützten, am 23. Januar seine früheren Beschlüsse aufgehoben und jedem Unternehmer freigegeben, welchen Lohn er zahlen wolle. Durch diesen Beschluß brach das Lohnabbaugebiet überstürzt sich darin, zusammen. Die Unternehmer überstürzten sich darauf in unserer Bauergewerkschaft schriftliche Erklärungen abzugeben, in denen sie sich verpflichteten, bis zum Tarifablauf am 2. März die alten Stundenlöhne weiter-zuzahlen. Nur noch ein knappes Bäckerdutzend kleine Kräuter hat diese Erklärung noch nicht abgegeben. Das tut weder ihnen noch uns weh, weil diese Leute gegenwärtig keine Arbeit haben. Unser Abwehrstreik konnte nach diesem Resultat am 23. Januar aufgehoben werden. Es hat aufgehört mit dem Lohnabbau! Und wenn überall die Kollegen angesichts der immer wieder von neuem auftauchenden Lohnabbaugebiete der Bauunternehmer in der gleichen energischen Weise gegen solche Gelüste auftraten, so werden sie den gleichen Erfolg wie die Kollegen in Breslau erringen!

AUS DER SOZIALGESETZGEBUNG

Rückzahlung von Fürsorgeunterstützung

Finanziell schwache Gemeinden versuchen von den Arbeitslosen, die das Glück haben, wieder Arbeit zu finden, die erhaltene Fürsorgeunterstützung zurück zu erhalten. Dies bedeutet eine erneute Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter. Um dem entgegenzuwirken, wurde am 19. Januar im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Erstattungspflicht aufgehoben werden soll. Ob er Gesetz wird, muß abgewartet werden.

Rückforderung öffentlicher Fürsorgeunterstützung.

Die Fürsorgeunterstützung gilt nur als ein Darlehen und muß von dem Unterstützten, den unterhaltspflichtigen Verwandten, den Erben oder den sonstigen Verpflichteten erstattet werden. § 25 der Fürsorgepflichtverordnung besagt im Abs. 2, daß der Unterstützte berechtigt ist, den Ersatz zu verweigern, soweit und solange er kein hinreichendes Einkommen oder Vermögen hat. In einem Erlaß über die Rückforderung der Kosten der öffentlichen Fürsorge von durch Arbeitslosigkeit Unterstützten an die Regierungen- und Oberpräsidenten hat der preußische Minister für Volkswohl- fahrt am 19. Mai 1930 sich dahin geäußert, daß bei der Verwirklichung des Rückforderungsanspruches weitestgehend darauf Rücksicht zu nehmen ist, daß nicht durch die Art der Kosteneinzahlung die wirtschaftliche Existenz der Ersatzpflichtigen gefährdet wird. Besonders nach

langer Arbeitslosigkeit sollen die Fürsorgeverbände nicht allein schon aus der Tatsache, daß der Unterstützte wieder Lohnarbeit gefunden hat, schließen, daß der Ersatzanspruch bereits entstanden ist oder geltend gemacht werden dürfe. Dem Unterstützten soll Gelegenheit gegeben werden, erst seine Schulden zu zahlen oder die dringlichsten Anschaffungen für sich und seine Familie vornehmen zu können. Dabei soll darauf Bedacht genommen werden, daß Arbeitsfreudigkeit und Arbeitskraft erhalten bleiben. Von hinreichendem Einkommen könne erst gesprochen werden, wenn vordringliche Bedürfnisse nicht mehr vorliegen und der Lohn des Fürsorgegerichtsatz erheblich überschreitet, — Das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium beispielsweise hat in einem Rundschreiben vom 15. Mai 1931 zum Ausdruck gebracht, daß aus abgeschlossener Unterstützungsfällen von dem ehemals Hilfsbedürftigen von einer Kostenersatzung aus dem Arbeitsverdienst abgesehen werden soll.

Erstattung aus Arbeitseinkommen.

Bei der Erstattung aus Arbeitseinkommen gehen die Meinungen auseinander, ob die Lohnpfändungsgrenzen zu erweitern sind. Danach sind von der wöchentlichen Lohn 38 %, und soweit er diesen Betrag übersteigt, ein Drittel nicht der Pfändung unterworfen. Je nach dem Familienstand erhöht sich der pfändungsfreie Betrag. Das Landesarbeitsgericht Breslau hat am

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Judengemeinschaft in Palästina

Die Wanderlust und das Daniederliegen jeglicher Bautätigkeit in Deutschland trieben mich ins Ausland. Und so bin ich nun hier im Gelobten Land, in Palästina.

Der Wind weht, die Bäume rauschen am Wege, die Sonne geht unter. Das Transportauto, in dem ich mit vielen eingepfercht sitze, führt uns am Ufer des See Genezareth entlang. Wir kommen nach Tiberias.

Ich steige aus. Ein Wasserflugzeug surrt und läßt sich auf den See nieder. In Tiberias wohnen noch Juden, deren Vorfahren Palästina nie verlassen haben. Sie wohnen wie die Araber und haben auch sonst deren Sitten und Gebräuche, sogar ihre Sprache angenommen. Heute aber stehen sie unter dem Einfluß der neu eingewanderten modernen Juden.

Ich schlage mein Zelt am See auf und lege mich schlafen. Doch die Moskito lassen mich nicht in Ruhe. Ich muß wieder heraus, wasche die zerstochnen Körperstellen mit Seife und nehme im See ein kühles Bad.

Den nächsten Tag verbringe ich noch am See Genezareth und liege fast die ganze Zeit im Wasser, denn außerhalb des Sees ist es sehr heiß. Am Abend gehe ich zurück nach Tiberias. Hier wohnen eng zusammengepfercht 10000 Menschen. Die Stadt selbst sieht aus wie ein umgestülpter Kinderbaukasten.

Am andern Tage reise ich weiter nach Kanaan und Nazareth. Dort ist alles noch wie zu Christi Zeiten. Die Hirten sind auf dem Felde, die Handwerker liefern nur Handarbeit. Frauen und Kinder laufen in farbigen Gewändern barfuß zum Brunnen, große, schwere Krüge auf dem Kopfe. Noch wie die Urväter arbeitet man in den arabischen Dörfern. Mit einem Schlitten fährt die ganze Familie, jung und alt, Karussell auf dem Getreide, bis es gedroschen ist. Dann wirft man es mit Holzschauflern gegen den Wind, um das Korn von der Spreu zu sondern. Nebenbei aber, auf den Feldern der jüdischen Kollektive, arbeitet man mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen. Woran die arabischen Kollektive arbeiten, man mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen. Woran die arabischen Kollektive arbeiten, man mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen. Woran die arabischen Kollektive arbeiten, man mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen. Woran die arabischen Kollektive arbeiten, man mit den modernsten landwirtschaftlichen Maschinen.

Die verschiedensten sozialistischen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften der Juden in Palästina habe ich besucht. Als Bauhandwerker hatte ich Gelegenheit, da oder dort einige Tage oder Wochen mitzuarbeiten und einen Einblick in das Wesen dieser Arbeitsgemeinschaften zu gewinnen. Hier verwandelt sich die Wüste oder tausende Jahre brach liegender Boden in fruchtbare Gärten wo Wein, Orangen und Bananen gedeihen. Gleichzeitig verwandeln sich junge Menschen in Bauern und Handwerker. Viele von ihnen stammen von wohlhabenden Juden ab; jedoch

ziehen sie hier in ihrer Urheimat das Leben als Bauern und Handwerker vor. Jedoch der Weg vom Einwanderer zum landwirtschaftlichen Siedler ist schwierig und erfordert oft zehn Jahre und mehr. Ohne Gemeinschaft aber wäre eine solche Siedlung schwer möglich. Alle müssen arbeiten, einander helfen, auf vieles Persönliche verzichten zugunsten der Sache. Die meisten müssen erst in ihrem Beruf ausgebildet werden, in Gelligzucht, Viehzucht, Gartenbau und Ackerschauung. Aus Holland, der Schweiz, aus Deutschland, Dänemark und anderen Ländern sind die Mitglieder der Kollektive zusammengewandert. Zunächst wohnt eine solche Gemeinschaft in der Nähe der Stadt in großen Rundzelten oder wackligen Holzbaracken. Vorläufig sind sie dann Arbeiter beim Wege- oder Häuserbau oder in den Orangengärten reicher Juden. Ihre eigene

Für Recht und Freiheit!

Ob auch der Raffgier voll und toll
Der Mammonsgeist dem Volke trotzt,
Ob auch die Herrschsucht hochmuthsvoll
Vom hohen Port aufs Elend glotzt,
Ob auch die Macht in Haß und Groll
Mit blanken Bajonetten protzt:
Das Recht, das einst mit uns geboren,
Lebt ewig und ist unverloren!

Ihr mögt euch noch so heftig stemmen,
Mit wutgeschwollenem Genick
Das Rad der Zeiten zu behemmen,
Ihr dreht es nimmermehr zurück!
Und möchtet ihr sie auch zerstemmen
Mit frechem Basillikenblick:
Die Freiheit lebt, ist unverloren,
Und wird tagtäglich neu geboren!

Um Recht und Freiheit geht der Kampf!
Was könnt ihr dem entgegenstellen?
Nur euer Haß- und Machtgestamp!
Die sollen Recht und Freiheit fällen,
Des Mammons und der Herrschsucht Krampf!
Den Geist erdrosseln der Rebellen?
Es ist der Geist, der Fortschritt schafft,
Doch nie und nimmer rohe Kraft!

Wir kämpfen für Gerechtigkeit,
Die rauschend naht auf Adlerschwinge!
Um Völkerfreiheit geht der Streit,
Für Menschheitsfortschritt geht das Ringen!
Und dieser Streit, vom Recht geweiht,
Wird sicherlich den Sieg uns bringen!
Früh auf, Proleten, ins Gefecht
Für Freiheit und für Menschenrecht!

Tsch.

Wirtschaft beginnt mit einer Geflügelzucht, einen Kuh und ein paar Pferde. Was verdient wird, kommt in die gemeinsame Kasse. Essen, Wohnen und Waschen sind gemeinsam. Was jeder braucht, bekommt er aus der Kommune, sogar die unvermeidlichen Zigaretten. Das Essen ist oftmals primitiv; es muß mehr Gewicht auf Seittwerden gelegt werden als auf Geschmack. Die dafür ausgeworfene Summe, nach deutschem Gelde 64 Pf. je Tag und Kopf, muß hierzu ausreichen.

So haben es diese jüdischen Kolonisten vor allem im Anfang besonders hart. Die große Hitze und die Moskitos machen ihnen das Leben schwer. Auf den Felde wimmeln Schlangen, Skorpionen und Tausendfüßler umher. Dazu kommt die Konkurrenz der Araber, die die Arbeit billiger machen. Wer arbeiten los wird, muß durch die Kommune mit unterhalten werden. Aber immerhin wird Wertvolles gewonnen ein Lebensinhalt. Diese aus allen Richtungen der Windrose zusammengeschauflelten jungen Menschen fühlen sich als Juden hier in ihrer Heimat. Und sie sagen sich: Hier können wir uns als Juden fühlen! Hier ist die Heimat unserer Väter, hier kommen wir vorwärts. Und es ist etwas Schönes für sie, als große Familie für den Aufbau ihres Landes, für die Existenz arbeiten zu können. Peinlich wird die Achtstundentag eingehalten. Und wenn es auch noch einfach hergeht, so verfügen sie doch in ihrer Kolonie über Brausebäder, moderne Musikinstrumente, Zeitungen, Bücher, Musik und Radio. So leben sie bei der Arbeit und in den Mußestunden gemeinsam zu hundert und mehr zusammen und führen ein Gemeinschaftsleben, in dem sie ihre sozialistischen Ideale schon zum Teil erreicht sehen. Ich glaube bestimmt, daß sich diese jungen Menschen weit glücklicher fühlen als die Arbeiter in Deutschland in seiner Arbeitslosigkeit und dem daraus resultierenden Massenelend.

Rudolf Ochtm, Helsingör

Die Frau in alter und neuer Zeit.

Die moderne Frau beansprucht das Recht, schön sein. Es dürfte auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Frauen von heute besser aussehen als jemals einer Kulturpoche vorher. Dies trifft namentlich auf die sogenannte breite Masse des Volkes zu. Die Kosmetik ist heute nicht mehr ein Vorrecht der Besitzenden. Ein Glück aber ist es, daß folgende Bestimmung sich nicht mehr in Kraft befindet, die das österreichische Gesetzbuch vom Jahre 1770 zierte: „Ein jedes Weib das einen männlichen Untertan Seiner Majestät in d. Bande der Ehe verstrickt indem es mit Roit oder Weib sein Gesicht verschönt oder durch Wohlgrüthe, Essen, künstliche Zähne, Wattierungen, Korsettstange, Reifen unter den Rücken, erhöhte Absätze und falsche Hüften sich ein anderes Aussehen gibt, als es von Natur besitzt, soll wegen Irreführung unter Anklage gestellt werden. Die auf solche Art erschiene Ehe wird null und nichtig erklärt.“ Heute müßte manche Ehe für null und nichtig erklärt werden, wenn es sich herausstellte, daß sich die Frau der obigen Dinge bedient. Manche Dunkelmänner sehen sich auch jetzt noch an solchen Bestimmungen.

4. Januar 1932 folgendes Urteil gefällt: „Hinreichendes Einkommen im Sinne des § 25 der Fürsorgepflichtverordnung ist nicht gleichbedeutend mit pfändungsfreiem Arbeitslohn. Zuviel gezahlte Unterstützung kann der Fürsorgeverband durch Aufrechnung auf unpfändbaren Lohn für Fürsorgearbeit, die sich an unterstützende Fürsorge anschließt, kürzen.“ Das Landesarbeitsgericht ließ aber einer Arbeiterfamilie mit einem Kind, also drei Personen, 38,36 M je Woche von der Aufrechnung frei. Sollten die Lohnpfändungsgrenzen nicht gelten, so müßte mindestens der standesgemäße Unterhalt, der bei einem unverheirateten Arbeiter etwa 29 M beträgt, gesichert bleiben. — Der nach bürgerlichem Recht Unterhaltspflichtige kann nach Maßgabe seiner Unterhaltspflicht im Verwaltungsweg, auf Antrag des Fürsorgeverbandes, zum Kostenersatz und zur Erfüllung seiner Unterhaltspflicht angehalten werden. Die Unterhaltspflicht kann erforderlichenfalls im Verwaltungsweg, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtsweges, festgestellt werden. Die Beschlüsse sind vorläufig vollstreckbar. Sie werden beispielsweise in Preußen von dem Kreis-(Stadt-)Ausschuß gefaßt. Gegen solche Beschlüsse ist in allen Ländern gleichmäßig geregelt. In der Regel sind die Amtsgerichte zuständig. Wird der Beschluß aufgehoben, so muß der Fürsorgeverband dem in Anspruch Genommenen den Schaden ersetzen, der ihm durch den Beschluß und durch die Vollstreckung entstanden ist. Die Einreichung der Klage ist an keine Frist gebunden.

Von der Nicht-Erstattungspflicht.

Von dem Unterstützten sind nicht zu ersetzen: Die Kosten der Wochenfürsorge, die Kosten der Erwerbsbefähigung Blinder, Taubstummer und Krüppel sowie Fürsorgeleistungen, die ihm vor Vollendung seines 18. Lebensjahres gewährt wurden. Der Unterstützte kann die Kosten der Behandlung wegen einer ansteckenden Geschlechtskrankheit im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Behandlung wegen tuberkulöser Erkrankung verlangen, soweit und solange es unbillig ist, den Ersatz zu verlangen. Der Ersatzanspruch besteht auch gegen den Ehegatten des Unterstützten, der im Fürsorgegericht besonders herangezogen wird, sowie gegenüber Eltern hinsichtlich der Leistungen, die ihren Kindern vor Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt worden sind. Dieser Anspruch besteht nicht für die Wochenfürsorge Minderjähriger, Kosten für Erwerbsbefähigung Blinder usw., ferner für Kosten der Erziehung und Erwerbsbefähigung Minderjähriger bis zu 18 Jahren. Nicht erstattungspflichtig sind auch die Kosten der vorbeugenden Fürsorge.

Erstattungspflicht von Verwandten und Erben.

Auch der Erbe muß Fürsorgeunterstützung erstatten, er kann gegen den Ersatzanspruch nicht die Einrede erheben, daß der Unterstützte zur Zeit des Todes den Ersatz verweigern konnte. Seine Haftung beschränkt sich auf den Nachlaß. Erben, die mit dem Unterstützten bis zu seinem Tode nicht nur vorübergehend in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder ihn ohne rechtliche Verpflichtung oder ohne entsprechende Gegenleistung, wenn auch in Erwartung einer Zuwendung von Todes wegen, unterstützt oder gepflegt haben, können den Ersatz verweigern, soweit und solange die Geldentmachung ihnen gegenüber eine besondere Härte wäre. Darüber hinaus sind unterhaltspflichtige Erben berechtigt, den Ersatz zu verweigern, solange sie selbst nicht nur vorübergehend in den Ersatz zu verweigern, hindert das Recht der Erben den Ersatz zu verweigern, hindert den Fürsorgeverband nicht, seine Befriedigung aus dem zur Sicherung verpfändeten oder übereigneten Gegenstand zu suchen. Bei dem Ersatzanspruch gegen unterhaltspflichtige Verwandte und Erben ist bei ersterem erforderlich, daß diesen der Fürsorgeverband von der Gewährung der Unterstützung unverzüglich schriftlich Mitteilung gemacht hatte. Bei dem zum Unterhalt verpflichtet gewesenen Erben gilt das gleiche. Bei Streit über die Erstattungspflicht ist immer je nach Landesrecht der ordentliche Rechtsweg oder der Verwaltungsweg gegeben.

Keine Schuldtilg unterbreiten!

Der Ersatzanspruch verjährt in vier Jahren vom Ablauf des Jahres an, in dem der Anspruch entstanden ist. Durch das Recht, den Ersatz zu verweigern, wird der Lauf der Verjährung nicht gehemmt. Manche Fürsorgeverbände versuchen die Verjährung zu vermeiden, indem sie von den Ersatzpflichtigen die Umwandlung der öffentlichen Schuld in eine private Schuld fordern. Dieses Verlangen ist nicht zulässig und legt den Ersatzpflichtigen Lasten auf, die mit dem Fürsorgegericht nicht in Einklang zu bringen sind! Es ist wichtig, daß die Ersatzpflichtigen nie etwas unterschreiben. Es gibt Fürsorgeverbände, die Zahlungsbefehle erlassen! Werden diese rechtskräftig, was in drei Tagen nach der Zustellung schon sein kann, so hat der Fürsorgeverband einen vollstreckbaren Schuldtilt in der Hand und kann 30 Jahre lang die Schuld bezutreiben versuchen. Daher muß gegen Zahlungsbefehle sofort Widerspruch erhoben werden. Zweckmäßig ist es, wenn in Zweifelsfällen Auskunft eingeholt wird.

Sicherheitshypotheken.

Es ist noch zu beachten, daß nach der Fürsorgeverordnung kein Rechtsanspruch auf Unterstützung besteht. Wird beispielsweise die Eintragung einer Sicherheitshypothek verweigert, so kann der Fürsorgeverband die Unterstützung ablehnen. Die Fürsorgeverbände können nicht ohne weiteres die Auszahlung der Hypotheken, die Unterstützungsempfänger als Sicherheitsleistung gegeben haben, fordern. Diese Sicherheitsleistung hat für die Fürsorgeverbände nur den Zweck, daß, wenn Hilfsbedürftige später so gestellt sind, daß sie die Unterstützung zurückzahlen können, dies — falls sie sich weigern — durch Kündigung der Hypothek erzwungen werden kann. — Nach § 19 der Fürsorgeverordnung kann die Unterstützung arbeitsfähiger in geeigneten Fällen durch Zuweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden; es sei denn, daß dies eine offensichtliche Härte bedeutet oder ein Gesetz dem entgegensteht. Strittig ist, inwieweit die Erstattungspflicht dann besteht,

wenn die Unterstützung durch Leistung von Arbeit erworben worden ist. In einem Bezirksfürsorgeverband wurde von einem Unterstützten, der 16 Stunden Pflichtarbeit geleistet hatte, verlangt, zur Sicherung der Erstattung eine Hypothek auf sein Grundstück einzutragen zu lassen. Auf Beschwerde des ADGB, erklärte der preussische Minister für Volkswohlfahrt, daß in solchem Falle die Eintragung von Sicherungshypotheken zu unterlassen sei. — Die Frage der Kostenersatzung wird mit der Überwindung der Krise an Bedeutung gewinnen. Damit die Kollegen nicht mit Schulden belastet in das Erwerbsleben zurückkehren, werden die Gewerkschaften mit allen Mitteln dafür kämpfen, daß die Rückzahlungspflicht beseitigt wird!

Aus den Bezirksverbänden

Bezirksverband Königsberg. Bei den Notstandsarbeiten der Firma Richter, Goldap, zeigen sich des öfteren Mißstände, die als skandalös bezeichnet werden müssen. Bei dem Chausseebau in Sielack bei Landsberg ließ das Mittagessen sowohl in der Güte als auch in der Menge zu wünschen übrig. Als sich einer der Kollegen beschwerte, wurde er jedoch wegen „Freiheit“ entlassen. Die Folge war für den Entlassenen eine sechswöchige Sperrung der Arbeitslosenunterstützung. Gegen die famose Firma erhoben wir Klage. Die Firma wurde verurteilt, eine andere Entlassungsbescheinigung auszuhandigen. Damit ist die ganze Erbärmlichkeit der Firma gekennzeichnet. — Die Behörden sollten bei der Vergabe von Aufträgen in der Auswahl der Firmen vorsichtiger sein. Und das Arbeitsamt Rastenburg sollte wegen der falschen Entlassungsbescheinigung noch mit der Firma Richter reden. Auch darf es sich nicht gefallen lassen, daß die zur Notstandsarbeit vermittelten Arbeiter — die sorgfältig ausgewählt waren — grundlos von Unternehmer entlassen, und damit wesentliche Betreuungsmassnahmen des Arbeitsamtes durchkreuzt werden!

Aus den Baugewerkschaften

Breslau. (Josef Rother 80 Jahre alt!) In geistiger und körperlicher Frische feierte am 21. Januar Josef Rother seinen 80. Geburtstag. Trotz seines hohen Alters nimmt er noch immer an den gewerkschaftlichen und politischen Ereignissen regen Anteil. Die Breslauer Bauarbeiter verdanken seiner Tätigkeit als langjährigen Vorsitzenden sehr viel. War er es doch, der während des Krieges die Organisation aufrecht erhielt und Sonntag für Sonntag die weitverstreuten Mitglieder besuchte und ihnen den „Grundstein“ stellte. Neben seinem Stadtverordnetenmandat und als Baudeputationsmitglied mußte er Josef auch alle übrigen Organisationsarbeiten allein bewältigen. Wie oft setzte er sich durch die Korrespondenz um die Schreilmaschine, um die Korrespondenz zu erledigen! Auch den Kampf mit dem Unternehmertum und überzeugenden Beweiskraft konnte man nichts Gleichwertiges gegenüberstellen. Ohne von seiner Arbeit viel Aufhebens zu machen, stellte sich unser Josef restlos in den Dienst der Arbeiterbewegung, trotzdem auch ihm manche unliebsame Stunde bereitet und er von manchem Kollegen verkannt wurde. — Die Breslauer wie die Kollegen aus der Provinz verdanken Josef Rother manchen Erfolg. An seinem Ehrentage danken wir ihm nochmals für seine selbstlose Arbeit und wünschen ihm bei geistiger und körperlicher Frische einen recht langen Lebensabend.

Coswig i. Anh. (Jubilarehrung). Am 21. Januar ehrten wir in einer schlichten Feier zwölf Jubilare. Kollege Harwardt begrüßte sie durch ein selbstverfaßtes Geleitwort und überreichte ihnen Ehrenurkunde und -nadel. Die Jugendabteilung beglückwünschte die Jubilar durch die Kollegen Pfeil. Die Festansprache hielt Kollege Arnold.

München. (RGO.-Irrfahrten.) Seit einiger Zeit halten wir jeden Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Werbeveranstaltung ab. Dies benutzte nun die RGO., um ihre Schmutzflugblätter an den Mann zu bringen. An den Baustellen haben sie allen Einfluß verloren wie der Streik gegen die Notverordnung zeigte, nun glauben sie, mit neuen Verleumdungen unseren Bund Mitglieder abtrünnig machen zu können. In dem ersten Flugblatt wurde der ADGB, und die Baugewerkschaftsleitung verdächtigt, daß sie den Abschluß eines Tarifvertrages im Frühjahr hintertreiben wollen und — falls dies nicht gelinge — die Allgemeinvertbindlichkeit zu vereiteln suchen. Ausgerechnet die RGO., die sonst nicht genug den Tarifvertrag als „eine Fessel der Arbeiterschaft“ bekämpfen konnte, das Schlichtungswesen und die Allgemeinvertbindlichkeit als „Zuchthausverordnung“ und „Streikverbot“ anprangerte, ausgerechnet diese Leute gebärden sich heute so, als ob sie dazu berufen seien, sich zum Wohle der Bauarbeiterschaft schützend vor den Tarifvertrag und das Schlichtungswesen zu stellen! So erfreulich die neue Erkenntnis der RGO. sein möge, sie kommt reichlich spät. Wir können auch nicht recht an die Ehrlichkeit ihrer Erkenntnisse glauben, sondern vermuten in der neuen Taktik nur ein Zeichen der Furcht davor, daß das Scheitern der RGO. bald enthüllt werde. Das Scheitern hat ein Vertreter aus Süddeutschland in der sogenannten Reichskonferenz der RGO. am 16. Februar 1932 eingestanden. Nach dem Bericht des „Pionier“ sagte er wörtlich: „Der Streik in München hat uns gezeigt, daß wir ohne die Mobilisierung und Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder nicht erfolgreich kämpfen können.“ Trotz dreijähriger Verleumdungskampfen und Zersetzungsarbeit ist es also der RGO. nicht gelungen, erfolgreich Gewerkschaftsmitglieder zu untergraben und gewerkschaftliche Gleichgültigkeit zu züchten. — Der Kampf gegen die Papensche Notverordnung ist in der Tat ernsthaft nur von unserer Baugewerkschaft geführt worden. Die RGO. hat bis heute keinen Finger krumm gemacht, um die zu Unrecht abgezogenen Lohnelder wieder zu erlangen. Sie wartet

auch hier, bis die freigewerkschaftliche Organisation für sie die Kastanien aus dem Feuer hot, um dann als „siegreiche RGO.“ zu triumphieren. — In dem zweiten Flugblatt werden Kollege Dobler und alle Angestellten der Baugewerkschaft und des Zimmererverbandes in der üblichen demagogischen Weise angeekelt. In einem dritten Flugblatt wurde Kollege Erhart verleumdet. Bezeichnend ist, daß alle Flugblätter von niemanden verantwortlich gezeichnet sind. — Erhart wurde des „Arbeiterverrates“ bezichtigt, indem behauptet wurde, er sei vor dem Arbeitsgericht als Unternehmervertreter aufgetreten, um die nach Ansicht der RGO. von der Stadt zu Unrecht entlassenen Nazi und „revolutionären Arbeiter“ zu verraten. Die „revolutionären RGO.-ten“ hatten den Betriebsrat beschuldigt, er hätte die Entlassungen aus politischen Motiven gebilligt, und Erhart war vor dem Arbeitsgericht als Vertreter der freigewerkschaftlich organisierten Betriebsräte aufgetreten. Vor dem Reichsarbeitsgericht hat die RGO. die Klage selbst zurückgezogen, weil sie die unberechtigten Ansprüche nicht aufrecht erhalten konnte. Trotzdem haben die Verleumder noch die Freiheit, solche Lügen zu verbreiten! Wir können den Spaltner sagen, daß ihre Flugblätter dazu beigetragen haben, ihr arbeiter- und organisationschädigendes Verhalten mehr als bisher selber zu entlarven.

Ueckermünde (Kassiererjubiläum). Bei den ersten tastenden Versuchen einer Organisationsgründung in Ueckermünde war es unser Herrmann Leu, der bereits im Jahre 1894 hier einen Handwerkerverein gründete. Im Jahre 1897 legte er dann auch den Grundstein zu einer Bauarbeiterorganisation und war dann vom September 1897 bis zum Januar 1898 als ihr Revisor tätig. Im Januar 1899 wurde er als unser Kassierer eingesetzt. Dieses Amt bekleidete er noch heute; er ist also volle 35 Jahre als Kassierer tätig, und nie hat er dabei seine Kollegen enttäuscht. Treu und gewissenhaft hat er sein Amt



während der 35 Jahre verwaltet. Und nicht vergessen sei, daß auch seine Gattin ihn in diesem verantwortungsvollen Amt getreulich unterstützt hat, wofür neben unserm Herrmann Leu auch ihr unser besonderer Dank an dieser Stelle ausgesprochen sei. Auch sonst war unser Herrmann in jeder Weise für die Organisation tätig. Bei den in früherer Zeit üblichen örtlichen Verhandlungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen war er stets am Platze und hat mit allem Nachdruck die Interessen seiner Kollegen vertreten. Auch auf politischen Gebieten war unser Kollege Leu rührig. Im Jahre 1893 gründete er in Ueckermünde den Sozialdemokratischen Wahlverein, dem er noch heute angehört. Für all diese aufopfernde Tätigkeit sprechen wir unserm alten Kollegen Herrmann Leu unsern wärmsten Dank aus und wünschen, daß er bei bester Gesundheit noch recht lange Jahre für die Interessen unserer Kollegen weiter wirken möge. — Erwähnt seien bei dieser Gelegenheit auch unsere Kollegen Wilhelm Winter und Albert Strehlow, die nunmehr auf 25 Jahre treuer Mitgliedschaft zurückblicken können. Auch diese beiden Kollegen haben bis heute stets im vordersten Treffen gestanden. Unser junger Nachwuchs aber möge diese alten Kämpfer als Vorbilder betrachten und zur Vollendung führen, was sie in Aufbau genommen haben!

er stets am Platze und hat mit allem Nachdruck die Interessen seiner Kollegen vertreten. Auch auf politischen Gebieten war unser Kollege Leu rührig. Im Jahre 1893 gründete er in Ueckermünde den Sozialdemokratischen Wahlverein, dem er noch heute angehört. Für all diese aufopfernde Tätigkeit sprechen wir unserm alten Kollegen Herrmann Leu unsern wärmsten Dank aus und wünschen, daß er bei bester Gesundheit noch recht lange Jahre für die Interessen unserer Kollegen weiter wirken möge. — Erwähnt seien bei dieser Gelegenheit auch unsere Kollegen Wilhelm Winter und Albert Strehlow, die nunmehr auf 25 Jahre treuer Mitgliedschaft zurückblicken können. Auch diese beiden Kollegen haben bis heute stets im vordersten Treffen gestanden. Unser junger Nachwuchs aber möge diese alten Kämpfer als Vorbilder betrachten und zur Vollendung führen, was sie in Aufbau genommen haben!

Politische Zeitnotizen

Alarmruf der Gewerkschaften. Noch bevor der ultrareaktionäre Kurs zu der Wiederbeauftragung Papens führt, haben die Spitzenverbände sämtlicher Gewerkschaften an den Reichspräsidenten dies Telegramm gerichtet: „In tiefer Sorge über die unser Volk beunruhigenden und bedrohlichen politischen Gefahren sind die Gewerkschaften aller Richtungen zur Beratung der überaus ersten Lage zusammengetreten. Sie halten sich in dieser entscheidenden Stunde für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß die Berufung einer sozialreaktionären und arbeiterfeindlichen Regierung von der gesamten deutschen Arbeitnehmerschaft als eine Herausforderung empfunden werden würde. Die Gewerkschaften erwarten, daß Sie, Herr Reichspräsident, allen unterirdischen Bestrebungen, die auf einen Staatsstreich hinzielen,

Verbraucher
mit Solidarität
Werkstätige Raucher
wählt Qualität!

GEG

ZIGARETTEN
JAKA, SMARRA, IRIS
billig, gehaltvoll, genußreich
aus dem
Konsumverein!

